

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Gabriele Heinisch-Hosek, Sabine Schatz,
Genossinnen und Genossen

betreffend **zügige und vollständige Umsetzung des „Aktionsplans Frauengesundheit“**

Eingebracht im Zuge der Debatte der 64. Sitzung des Nationalrates zum Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 836/A(E) der Abgeordneten Dipl.-Kffr. (FH) Elisabeth Pfurtscheller, Mag. Meri Disoski, Kolleginnen und Kollegen betreffend Frauengesundheit: Brustkrebsfrüherkennung während der Corona-Krise (414 d.B.)

Bereits im Jahr 2017 entwickelte das damalige Bundesministerium für Frauen und Gesundheit unter Beteiligung zahlreicher Expertinnen und Experten den „Aktionsplan Frauengesundheit“. Gesundheitliche Chancengerechtigkeit und die psychosoziale Gesundheit wurden dabei unter anderem in den Mittelpunkt gestellt. Der Aktionsplan wurde unter Beteiligung zahlreicher Expertinnen und Experten erarbeitet und ist entlang der Lebensphasen von Frauen strukturiert. In Zeiten der Corona-Pandemie hat das Thema Frauengesundheit und somit auch die Notwendigkeit der Umsetzung des „Aktionsplans Frauengesundheit“ massiv an Bedeutung gewonnen. Die Belastungen der Krise treffen Frauen und Männer unterschiedlich und auch die gesundheitlichen und psychosozialen Auswirkungen der Covid-19-Krise erfassen Frauen und Männer in unterschiedlicher Form.

Damit Frauen in Österreich auch weiterhin selbstbestimmt und gesund leben können, ist es dringend notwendig, den Aktionsplan Frauengesundheit gemeinsam mit den betroffenen Akteurinnen und Akteuren in vollem Umfang zügig umzusetzen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz wird ersucht, gemeinsam mit der Bundesministerin für Frauen und Integration den „Aktionsplan Frauengesundheit“ im Bund unter Einbeziehung der betroffenen Akteurinnen und Akteure in vollem Umfang zügig umzusetzen und gemeinsam mit den Ländern entsprechende Umsetzungsschritte auf Länderebene zu verhandeln.“



